

SWR2 Feature

Zivilgesellschaft und Demokratie

Von Markus Metz und Georg Seeßlen

Sendung: Mittwoch, 1. April 2020

Redaktion: Wolfram Wessels

Regie: Günter Maurer

Produktion: SWR 2020

SWR2 Feature können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/swr2-feature-podcast-100.xml>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MUSIK

DARÜBER ZITATORIN:

„Wir wollen das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und dabei insbesondere Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, politische und private Stiftungen und Partnerschaften mit der Wirtschaft sowie mit Kommunen stärken. Wir wenden uns entschlossen gegen die zunehmende und gezielte Einschränkung von Zivilgesellschaften ('Shrinking Spaces'), die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.“

SPRECHER:

So steht es im Koalitionsvertrag der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD von 2018 – allerdings nur im Kapitel Außenpolitik. In den Kapiteln zur Innenpolitik ist zur Förderung der Zivilgesellschaft nichts zu finden. Im realpolitischen deutschen Alltag bekommen zivilgesellschaftliche Organisationen sogar zunehmend Gegenwind zu spüren. 2011 verliert der Bund für Umwelt und Naturschutz Hamburg den Status der Gemeinnützigkeit, weil er laut Finanzamt zu viel politischen Einfluss nehme. Sechs Jahre dauert eine teure juristische Auseinandersetzung, bis die Entscheidung revidiert wird. 2018 beantragt die FDP im Bundestag, der Tierschutzorganisation Peta die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, wenn diese im Zusammenhang von Stalleinbrüchen zum Rechtsbruch aufrufe. Ende 2018 fordert der CDU-Parteitag zu überprüfen, ob die Deutsche Umwelthilfe, die in etlichen Städten Dieselfahrverbote durchgesetzt hat, die Kriterien der Gemeinnützigkeit erfülle.

O-Ton 01 Christian von Stetten:

Wir haben uns auf dem Bundesparteitag auch mit dem Ehrenamt beschäftigt und sind mit der DUH auf einen Verein gestoßen, da werden über 2 Millionen Euro über Abmahnbescheide eingenommen.

SPRECHERIN:

– Christian von Stetten, CDU-Bundestagsabgeordneter –

O-Ton 02 Christian von Stetten:

Und wir hatten das Gefühl, dass es sich dabei nicht um einen Verein handelt, wie wir ihn kennen, der für die Bürger da ist und in dem sich die Bürger engagieren. Sondern der eher ein Abmahnverein ist und das wollen wir prüfen.

SPRECHERIN:

2019 bestätigt der Bundesfinanzhof eine Entscheidung des Finanzamtes Frankfurt aus dem Jahr 2014, der globalisierungskritischen Nichtregierungs-Organisation Attac die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Begründung: Attac verfolge im wesentlichen politische Ziele.

SPRECHER:

Ein FDP-Bundestagsabgeordneter betreibt die Webseite „NGO-Observer“ mit dem Ziel...

ZITATOR:

„die Zivilgesellschaft zu stärken, indem kritikwürdiges Verhalten einzelner Nichtregierungs-Organisationen in den Blick genommen wird“.

SPRECHER:

Bisher im Blick des „NGO-Observer“: Attac, Bund für Umwelt und Naturschutz, Campact, Deutsche Umwelthilfe, Greenpeace, PETA...

O-Ton 03 Hubert Weiger, BUND:

Die Angriffe haben in den letzten Jahren massiv zugenommen, und zwar auf den verschiedensten politischen Ebenen.

SPRECHERIN:

– Hubert Weiger, Bund für Umwelt und Naturschutz –

O-Ton 04 Hubert Weiger, BUND:

Es geht darum, dass versucht wird, uns die Glaubwürdigkeit abzusprechen. Es geht um Versuche der Einschränkung der Finanzierungsmöglichkeiten bis hin zu politischen Einschüchterungen.

MUSIK**DARÜBER ZITATORIN:**

„Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe oder Greenpeace sind zu mächtigen Gegenspielern von Politik und Industrie geworden. Nun startet der Gegenangriff. Es geht um Geld – und um die Deutungshoheit über das Gute.“

DARÜBER SPRECHER:

Schreibt die *Wirtschaftswoche* am 1. Februar 2019 unter dem Titel „Die Konterrevolution“.

O-Ton 05 Dieter Rucht:

Wir haben aktuell einen Konflikt, der eng mit dem Verständnis und mit den Aktionsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft zusammenhängt.

SPRECHERIN:

– Dieter Rucht, Soziologe –

O-Ton 06 Dieter Rucht:

Dieses hat man auch im Kontext zu sehen einer Debatte um die sogenannten shrinking spaces, das heißt, dass sich die öffentlichen Räume einengen durch politische Maßnahmen. Dazu gehört jetzt nicht nur die Gemeinnützigkeitsfrage, dazu gehört auch die Auslegung des Demonstrations- und Versammlungsrechtes und anderes mehr. Es gibt diese Tendenz, diese Spielräume einzuschränken.

MUSIK

ZITATOR:

Zivilgesellschaft und Demokratie
Von Markus Metz & Georg Seeßlen

MUSIK**SPRECHER:**

Ein demokratischer Staat lebt nicht nur von seinen Institutionen, den Parlamenten, den Gerichten, den Ministerien, den Ämtern, den Verwaltungen und so weiter. Er lebt auch davon, dass sich in der Gesellschaft etwas tut. In Vereinen, in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Stiftungen und in lockeren Zusammenschlüssen. Was ist eine solche Zivilgesellschaft eigentlich? Und wie hängt sie mit demokratischer Verfassung und demokratischer Lebenspraxis zusammen?

O-Ton 07 Frank Adloff:

Zivilgesellschaft ist ein mehrdimensionaler Begriff, da gibt es ganz unterschiedliche Ansätze mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen. Und auch historisch wandelt sich das, was man unter Zivilgesellschaft versteht. Aber wenn man mal die verschiedenen Perspektiven zusammenträgt, dann hat man in der Regel drei verschiedene Ebenen, die man unterscheiden kann.

SPRECHERIN:

– Frank Adloff, Professor für Soziologie an der Universität Hamburg –

O-Ton 08 Frank Adloff:

Zum einen geht man von so einem gesellschaftlichen Bereich in modernen Gesellschaften aus, der dadurch gekennzeichnet ist, dass es nicht staatliche Organisationen sind, nicht primär wirtschaftlich orientierte, nicht gewinnorientierte Organisationsformen, und es ist nicht beschränkt auf den sozialen Nahraum der Familie. Also im Grunde geht es um ein Sektor-Modell von Zivilgesellschaft, wo man sagen kann, es gibt typische Erscheinungsweisen – Vereine, Verbände, andere Formen der Assoziation. Und es geht vor allem um das Prinzip der freiwilligen Selbstorganisation. In diesem Kontext spielen dann auch Diskussionen um das freiwillige Engagement von Bürgern und Bürgerinnen, um das bürgerschaftliche Engagement eine große Rolle. Dazu kann man hinzuziehen verschiedene Attribute zivilgesellschaftlichen Handelns, so könnte man das nennen: Also eine bestimmte Handlungsweise, die in dem Bereich der Zivilgesellschaft besonders häufig anzutreffen ist. Das sind Dinge wie Gemeinwohlorientierung, eine gewisse Zivilität, also das Ablehnen von gewaltförmigen Auseinandersetzungen oder Verständigungsorientierung oder aber auch so etwas wie ein demokratischer Protest, der hier zu nennen ist. Und die dritte Dimension wäre, dass in der Geschichte zivilgesellschaftlicher Organisationen man immer wieder sehen kann, dass sie sich auf ein utopisches Motiv beziehen, also so etwas wie ein utopisches Motiv der Selbstregierung. Also Zivilgesellschaft als Prinzip der Selbstorganisation hat auch so ein überschießendes utopisches Motiv.

SPRECHER:

Wenn wir Zivilgesellschaft in diesem Sinne verstehen, dann ist sie sozusagen der verfassten und organisierten Demokratie immer schon ein Stück voraus, probiert aus,

was alles möglich ist in einem toleranten und offenen Zusammenleben, an Selbstverwaltung und Basisdemokratie, aber auch an Ideenaustausch, Meinungsbildung und nicht zuletzt an kritischer Beobachtung. Die Wurzeln der demokratischen Zivilgesellschaft liegen in Vereinen und Organisationen. Wenn Engagement und Zuspruch wachsen, führt das zu mehr Präsenz im öffentlichen Raum, in den Medien, in der Kultur. Und die Ausläufer führen in einen Raum der Zukunft, wo sich vielleicht einmal ein Versprechen einlöst, das Willy Brandt 1971 gab.

O-Ton 09 Willy Brandt:

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“

SPRECHERIN:

Utopisch wäre an der Zivilgesellschaft also, dass sie für die Zukunft der Demokratie stünde. Utopisch wäre aber auch an der Demokratie, dass sie mehr und mehr Kompetenz und Entscheidung in die Hände der Zivilgesellschaft übergeben würde. Natürlich hat sie umgekehrt auch eine Art Wächterfunktion für das Bestehende.

O-Ton 10 Dieter Rucht:

Wenn man Zivilgesellschaft in dem Sinne versteht, dass es der Raum ist, der politische, vopolitische Raum, in dem Assoziationen jeglicher Art – das können informelle Gruppen sein, das können aber auch hochorganisierte Verbände sein wie Greenpeace oder Amnesty International – die Akteure, die sich dort artikulieren, die wirken mit an der politischen Willensbildung.

SPRECHERIN:

– Dieter Rucht, Soziologe und Mitbegründer des „Instituts für Protest- und Bewegungsforschung“ –

O-Ton 11 Dieter Rucht:

Sie belagern gleichsam das politische System im engeren Sinne, so hat das Habermas formuliert: Es ist ein Modus der Belagerung, der da stattfindet. Das ist keine Absicht der Machteroberung oder Machtergreifung, sondern es ist der Versuch, von außen Themen zu setzen, Druck zu machen, sodass die politischen Eliten, die gleichsam im Zentrum sitzen, reagieren müssen. Das ist die zentrale Funktion der Zivilgesellschaft. Sie kommuniziert Interessen. Sie diskutiert, was öffentliche Angelegenheiten sind und wie die eigentlich ausgestaltet werden sollen, und gibt diese Impulse dann an die Zentren der Macht, die Entscheidungsgremien, die politisch legitimiert sind.

SPRECHER:

Immer vorausgesetzt, diese Zentren sind bereit und fähig, diese Impulse auch aufzunehmen. Die Anti-Kohle-Bewegung etwa ist in den letzten Jahrzehnten breiter, sichtbarer und radikaler geworden. Während die Politik es lange bei symbolischen Ankündigungen beließ, schafften es die Anti-Kohle-Aktivist*innen mit Demonstrationen, Klagen gegen Kraftwerke und Aufrufen zum Kapitalabzug aus fossilen Unternehmen, das Wort Kohleausstieg in der politischen Agenda zu verankern. Was etwa die Einberufung der so genannten Kohlekommission im Juni 2018 zeigt, die Empfehlungen für einen Kohleausstieg erarbeiten soll, der Klimaschutz,

Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzschutz berücksichtigt. Anfang 2019 sprechen sich fast zwei Drittel der Bevölkerung für einen möglichst raschen Kohleausstieg aus.

SPRECHERIN:

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind zu mächtigen Gegenspielern von Politik und Industrie aufgestiegen – eine positive Belagerung im Sinne von Umwelt, Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Aufklärung. Auf die anfänglichen Erfolge folgen allerdings immer wieder herbe Rückschläge. Der Fahrplan für den Kohleausstieg, den die Kohlekommission vorschlägt, stößt auf Kritik, weil Deutschland damit die Pariser Klimaziele nicht erreiche. Nach dem Kohleausstiegsgesetz, auf das sich dann die Bundesregierung geeinigt hat, dürfen Kohlekraftwerke bis 2038 rund 40 Millionen Tonnen CO₂ mehr in die Luft blasen, als der Vorschlag der Kohlekommission vorsieht.

O-Ton 12 Barbara Praetorius:

Mit der Bund-Länder-Einigung zum Ausstieg aus der Braunkohle hat die Bundesregierung den Kompromiss der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung an entscheidenden Stellen aufgekündigt.

SPRECHER:

– Barbara Praetorius, ehemalige Co-Vorsitzende der Kohlekommission –

O-Ton 13 Barbara Praetorius:

Dieses Ergebnis schadet nicht nur dem Klima, sondern es schadet dem gesellschaftlichen Klima. Hier wird ein gesellschaftlicher Frieden, der vereinbart worden war, leichtfertig verspielt. Und die Arbeit der Kommission wird wirklich diskreditiert.

O-Ton 14 Frank Adloff:

Es gibt natürlich auch Feinde der Zivilgesellschaft. Da wäre zuvörderst auch der Staat zu nennen. Da können wir in die Geschichte schauen. Da können wir in die totalitären Regimes blicken. Da können wir über den realen Sozialismus sprechen und sehen, dass tatsächlich in dieser Art von Autokratie, von Diktatur, Zivilgesellschaft in der Regel keinen Raum hat. Und dass Opposition als allererstes versucht, sich einen zivilgesellschaftlichen Raum zu erobern, teilweise im Geheimen, gar nicht unbedingt öffentlich, weil dieser zivilgesellschaftliche Raum sofort angegriffen werden würde.

SPRECHER:

– Frank Adloff, Professor für Soziologie an der Universität Hamburg –

O-Ton 15 Frank Adloff:

Aber auch in Quasi-Demokratien, in illiberalen Demokratien, wie man heutzutage das nennt, geht vom Staat ein gewisser Druck auf die Zivilgesellschaft aus. Man versucht, sie irgendwie in den Griff zu kriegen, sie zu überwachen. Man versucht tatsächlich, bestimmte Beschränkungen durchzusetzen der Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit. Man arbeitet mit Repressalien gegen Aktivisten, gegen einzelne Organisationen, man bezichtigt sie des Terrorismus, um sie dann

beobachten und klein halten zu können. Also hier gibt es verschiedene Strategien. Aktuell sprechen wir auch davon, dass nach einer Phase der Ausweitung von Zivilgesellschaften weltweit mit dem Zusammenbruch des Sozialismus nach 89 es dann so eine Euphorie gab, dass sich Demokratie überall durchsetzt und auch Zivilgesellschaftlichkeit können wir jetzt beobachten über die letzte Zeit mit dem Zuwachs von rechtspopulistischen Bewegungen, aber auch mit illiberalen Tendenzen wie in der Türkei, wie unter Trump und so weiter, dass zivilgesellschaftliche Räume kleiner werden. Man spricht hier von den Shrinking Civic Spaces, die wir in den letzten Jahren beobachten können.

SPRECHERIN:

Und in Deutschland?

ATMO DemoZ Ludwigsburg 40 Jahre-Konzert

DARÜBER SPRECHER:

Anfang Februar feiert das „Demokratische Zentrum Ludwigsburg – Verein für politische und kulturelle Bildung“ 40-jähriges Bestehen.

O-Ton 16:

Yvonne Kratz

Das Demokratische Zentrum Ludwigsburg ist ein seit diesem Jahr 40 Jahre existierendes soziokulturelles Zentrum in Ludwigsburg. Wir haben ein spartenübergreifendes Kunst- und Kulturprogramm, das heißt, wir machen Ausstellungen, Kabarettabende, aber auch Konzerte.

SPRECHER:

– Yvonne Kratz, Vorstandsmitglied und Pressesprecherin –

O-Ton 17:

Yvonne Kratz

Wir haben in dem Ganzen einen erweiterten Kulturbegriff. Wir machen einfach nicht nur Ausstellungen, sondern setzen uns auch mit dem alltäglichen Leben von Menschen auseinander und haben einen Schwerpunkt in der politischen Bildung. Das heißt, wir machen zum Beispiel Vorträge und Workshops über gewaltfreie Kommunikation oder Kapitalismuskritik. Das Ganze machen wir ehrenamtlich und selbstverwaltet. Und wir achten darauf, dass es so günstig wie möglich beziehungsweise, wenn möglich, kostenlos für alle zugänglich ist, was wir machen.

ATMO

SPRECHERIN:

Ein halbes Jahr ist es her, dass ein Brief im DemoZ eintrifft. Das Finanzamt Ludwigsburg teilt dem Verein mit, dass ihm die Gemeinnützigkeit aberkannt werde.

O-Ton 18 Yvonne Kratz:

Die Begründung des Finanzamts sieht quasi so aus, dass sie sagen, wir würden die politische Bildung nicht in geistiger Offenheit halten, weil wir eine Haltung haben. Zum Beispiel auf unserer Homepage steht, dass wir ein Interesse an antifaschistischer Politik haben. Das wird uns vorgeworfen, uns werden unsere Inhalte vorgeworfen, dass wir Vorträge zum Thema Anarchismus machen, Vorträge, die sich mit Kapitalismuskritik auseinandersetzen. Und was uns noch vorgeworfen wurde, ist quasi die Tatsache, dass wir in den Augen des Finanzamts die Allgemeinheit nicht fördern. Und das begründen sie damit, dass sie sich auf unsere Ausschlussklausel gegen rechtsextreme Personen beziehen, weil sie sagen einfach, dass wir damit nicht die Allgemeinheit fördern. Und diese Ausschlussklausel haben wir fast wortgleich von der Bundeszentrale für politische Bildung. Und sie dient quasi als Schutz davor, dass unsere Veranstaltungen auf der einen Seite nicht von rechten Personen gestört werden können, die eben noch nicht durch Störungen in unseren Räumen aufgefallen sind.

SPRECHER:

Der Status der Gemeinnützigkeit ist eine Klammer zwischen den Organen eines demokratischen Staates und Organisationsformen der Zivilgesellschaft. Er drückt gegenseitigen Respekt aus und zeigt, wie sehr eine Seite auf die andere Seite angewiesen ist. Steuerliche Begünstigung, eine wohlwollende Gewährung von öffentlichem Raum und kultureller Infrastruktur, sowie wechselseitiger kritisch-solidarischer Dialog sind die äußeren Formen dieses Zusammenhalts.

O-Ton 19 Stefan Diefenbach-Trommer:

Das Gemeinnützigkeitsrecht ist im Kern erst mal nur Steuerrecht und wird dann auch von vielen Akteuren darauf begrenzt. Es regelt erst mal einen Steuerabzug für Spenderinnen und Spender, das ist nur ein indirekter Vorteil für die Organisationen. Und es regelt, dass die gemeinnützigen Organisationen selbst steuerbefreit sind und bestimmte Vorteile haben.

SPRECHERIN:

Stefan Diefenbach-Trommer ist Vorstand der „Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung“. Über 150 Vereine und Stiftungen gehören der Allianz mittlerweile an, die gegründet wurde, um die Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts voranzutreiben.

O-Ton 20 Stefan Diefenbach-Trommer:

Daneben gibt es ganz viele indirekte Vorteile, also zum Beispiel, wenn Sie ein lokaler Verein sind und das örtliche Bürgerhaus nutzen möchten, dann verlangt die Stadt in der Regel die Gemeinnützigkeit als Voraussetzung. Auch Spenderinnen und Spender kucken sehr stark auf den Status der Gemeinnützigkeit, auch wenn der Steuervorteil gar nicht so relevant ist. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind immer mehr in den vergangenen Jahrzehnten wichtiger demokratischer Akteur, weil sie ergänzen die Rolle von Parteien. Insofern haben sie eine ganz wichtige demokratische Funktion und deren Anerkennung im Gemeinnützigkeitsrecht, die fehlt faktisch und das macht die Arbeit dieser Rollen sehr schwer.

SPRECHER:

Die erste Bedingung für eine Anerkennung als gemeinnützige Organisation ist laut Gesetz

ZITATORIN:

„...die selbstlose Förderung der Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet“.

SPRECHER:

Selbstlos ist klar: Man darf natürlich weder etwas verkaufen, noch Profit machen wollen, noch sich von einer politischen Interessengruppe Karriereschübe erhoffen.

SPRECHERIN:

Was die materiellen, geistigen und sittlichen Gebiete anbelangt – da ist schon erhebliche Definitionsarbeit und ständige Neuinterpretation gefragt. 2019 bestätigte der Bundesfinanzhof eine Entscheidung des Finanzamtes Frankfurt aus dem Jahr 2014, der globalisierungskritischen Nichtregierungs-Organisation Attac die Gemeinnützigkeit zu entziehen, mit der Begründung: Attac verfolge im wesentlichen politische Ziele. Daraufhin haben Finanzämter weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen ebenfalls den Status der Gemeinnützigkeit aberkannt:

SPRECHER:

So etwa der Kampagnenplattform campact, deren Selbstverständnis sich wie eine Definition zivilgesellschaftlichen Engagements liest:

ZITATOR:

„Unsere Kampagnen treiben sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritt voran – für eine Welt, in der alle Menschen in Frieden leben und ihre Freiheit verwirklichen können.“

SPRECHERIN:

Der „Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ entzog das Berliner Finanzamt die Gemeinnützigkeit, weil der Verein im bayrischen Verfassungsschutzbericht erwähnt werde.

SPRECHER:

Auch dem Verein Change.org e.V., der die gleichnamige Petitions-Plattform betreibt, droht der Verlust der Gemeinnützigkeit. Begründung des Finanzamtes: Es gehe bei den dort gesammelten Petitionen um „überwiegend politische oder gar Einzelinteressen“. Beispielhaft nennt das Finanzamt Petitionen gegen das Mercusor-Freihandelsabkommen mit Lateinamerika oder die Petition der Mutter eines Opfers der Loveparade-Katastrophe, die eine strafrechtliche Untersuchung verlangt.

O-Ton 21 Stefan Diefenbach-Trommer:

Das Attac-Urteil hat tatsächlich Schockwellen durch fast alle Vereine und Stiftungen in Deutschland gejagt, weil auch so ganz klassische Vereine wie ein Sportverein sich natürlich über ihren Zweck hinaus gesellschaftlich einmischen.

SPRECHERIN:

Stefan Diefenbach-Trommer, Vorstand der „Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung“

O-Ton 22 Stefan Diefenbach-Trommer:

Das kann bedeuten, dass wenn jetzt ein Finanzamt einen Verein prüft und sagt: „Ja, wir finden, dass ihr euch ähnlich verhaltet wie Attac und da ist was im Urteil drin, was ich hier anwende, und darum wird euch die Gemeinnützigkeit aberkannt.“ Ich kenne mehrere Fälle, wo inzwischen Finanzämter gesagt haben zu Vereinen, wo sie gerade dabei sind, die Gemeinnützigkeit turnusgemäß zu prüfen: „Das wird länger dauern, wir müssen das Attac-Urteil noch mal gründlich lesen, wir warten noch auf Anweisung und werden dieses Attac-Urteil auf euch anwenden.“ D. h. es wirkt tatsächlich auch sehr direkt auf dritte Vereine und Stiftungen.

SPRECHERIN:

Das Attac-Urteil und seine Folgen zeigen, dass der demokratische Staat derzeit offensichtlich politische Kernanliegen einer demokratischen Zivilgesellschaft nicht für gemeinnützig und damit nicht für förderungswürdig hält. Förderungswürdig sind zwar Tier-, Heimat- und Naturschutz, nicht aber die Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten, der Einsatz für Frieden, soziale Gerechtigkeit, informationelle Selbstbestimmung, für Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter. Vor dem Attac-Urteil konnten sich Organisationen dabei auf Volksbildung als gemeinnützigem Zweck berufen. Damit ist es nun vorbei. Man kann es kaum weniger drastisch ausdrücken: Zentrale Anliegen einer demokratischen Zivilgesellschaft sind für diesen Staat nicht förderungswürdig.

O-Ton 23 Thomas Eberhardt-Köster:

Ich glaube, man muss da zwei Dinge unterscheiden: Zum einen ist die Abgabenordnung, also das Gesetz, auf dem die ganze Gemeinnützigkeit beruht, äußerst widersprüchlich und schwierig für die Interpretation auch formuliert. Das ist die eine Seite, also dieses Gesetz, diese Abgabenordnung gibt auch die Grundlage dafür her, dass Finanzämter teilweise sehr sehr unterschiedlich entscheiden.

SPRECHER:

– Thomas Eberhardt-Köster vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis –

O-Ton 24 Thomas Eberhardt-Köster:

Und die zweite Seite ist, dass wir auch feststellen, dass vermehrt und zwar nicht nur in Deutschland gegen zivilgesellschaftliche Organisationen vorgegangen wird. Man bezeichnet das international mit dem Begriff des shrinking space, also schrumpfende Einflussmöglichkeiten von Zivilgesellschaft. Nachdem wir in den letzten 40 Jahren hier die Entwicklung hatten, dass zunehmend NGOs entstanden sind, zivilgesellschaftliche Organisationen, die Einfluss auf Politik, auf Gesellschaft genommen haben und das auch akzeptiert wurde, haben wir zur Zeit eine Situation, dass da ein Rollback stattfindet, dass Politik versucht, gemeinnützige Organisationen oder Organisationen der Zivilgesellschaft möglichst aus dem politischen Raum herauszudrängen. Und wir ordnen dieses Verfahren zur Gemeinnützigkeit von Attac auch in der Frage ein. Und es gab ja auch umfangreiche Aussagen aus dem

politischen Raum, dass man nicht nur Attac, sondern auch der Umwelthilfe und anderen Organisationen dort das Leben schwerer machen möchte.

SPRECHERIN:

Haben wir es derzeit mit einer tiefgreifenden Entfremdung zwischen demokratischem Staat und Zivilgesellschaft zu tun? Es ist zumindest sonderbar, dass in einer Zeit, in der ein durch Menschen verursachter katastrophaler Klimawandel, zunehmende anti-demokratische Propaganda und rechte Gewalt sowie wenig kontrollierter Wirtschafts-Lobbyismus immer mehr Menschen auf den Nägeln brennen, offensichtlich genau die zivilgesellschaftlichen Organisationen um ihre Gemeinnützigkeit bangen müssen, die sich dieser Probleme annehmen. Wehrt sich da etwa der alte Parteienstaat dagegen, dass immer neue soziale Bewegungen die politische Machtverteilung in Frage stellen?

ATMO:

Demo „Fridays for Future“

SPRECHER:

Viele Menschen glauben, und auch einige der Politiker scheinen es uns glauben machen zu wollen, wir „haben“ eine Demokratie, dafür sollten wir dankbar sein, uns gefälligst an ihre Regeln halten, zu den Wahlen gehen, die Gesetze einhalten, das Fernsehen einschalten und ansonsten unserer Arbeit nachgehen und in der Freizeit etwas für Familie und Nachbarschaft tun. Aber all das ist eigentlich erst der Rahmen, eine Garantie für die Möglichkeit von Demokratie.

SPRECHERIN:

Wie demokratisch wir wirklich leben, das entscheidet sich erst durch das Handeln auf allen Ebenen der Lebensgestaltung, von der Kindertagesstätte bis zur Umgehungsstraße, von der Energieversorgung über die Flüchtlingshilfe bis zu „Fridays for Future“. Was wir an Demokratie haben, ist nur die Voraussetzung dafür, was wir damit anfangen. Und das gilt auch umgekehrt. Eine Demokratie, die nicht an der Basis und in unserem Alltagsleben praktiziert wird, beginnt sehr rasch auch in den Institutionen und höheren Instanzen zu verfallen.

ATMO

ZITATOR:

„Dich singe ich, Demokratie“

SPRECHER:

hatte in den 1960er Jahren der Schriftsteller Günter Grass als Wahlkampfredner für die SPD angeboten. Er endete:

ZITATOR:

„Es liegen demokratische Geschichten in der Luft. Das alles steht zur Wahl.“

SPRECHER:

Vielleicht ist Zivilgesellschaft diese Luft, in der demokratische Geschichten erzählt werden können. Sie können sehr unterschiedlich sein, aber sie haben gemeinsam, dass sie von Demokratie handeln und dass sie Demokratie erzeugen. Dass sich nun so etwas wie ein Zurückdrängen der zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem öffentlichen Raum, ein Impuls ihrer Entpolitisierung zu erheben scheint, hängt vielleicht paradoxerweise auch mit ihrem Erfolg sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zusammen. Nicht-Regierungs-Organisationen spielen mittlerweile eine weltweit bedeutende Rolle bei internationalen Verhandlungen, NGOs fungieren hier als neutrale Beobachter und anderswo als Wächter über Menschen- und Bürgerrechte. Im nationalen und lokalen Rahmen bewegen sehr häufig zivilgesellschaftliche Organisationen mehr als traditionelle politische Institutionen und bilden ein Gegengewicht zur einflussreichen Lobby-Arbeit der Wirtschaft.

SPRECHERIN:

So mag es kein Wunder sein, dass eine Allianz aus Politik und Wirtschaft, die diesem Paradigmenwechsel argwöhnisch gegenübersteht, versucht, den Einfluss kritischer zivilgesellschaftlicher Organisationen zurück zu drängen. Im Hinblick auf autokratische und anti-westliche Regimes steht also die Zivilgesellschaft in der politischen Rhetorik hoch im Kurs, und zugleich wird sie misstrauisch beäugt, wenn es um die eigene Gesellschaft geht. Woanders ist Zivilgesellschaft gut, aber im eigenen Land soll sie lieber möglichst unkritisch und ohne wirklichen politischen Einfluss sein.

O-Ton 25 Frank Adloff:

Für Zivilgesellschaft ist der öffentliche Raum ganz entscheidend, dass man tatsächlich bestimmte Themen miteinander diskutiert, dass man in einen Austausch tritt, dass man sensibel macht für bestimmte Problemlagen in der Gesellschaft und so weiter. Da kann man jetzt ganz unterschiedliche Beobachtungen machen, welche Hoffnungen sich auf diesen öffentlichen Raum richten. Wenn man eher so aus einer Theorie-Tradition kommt wie der von Jürgen Habermas, dann sieht man dort vor allem die Möglichkeit, auch bestimmte Themen rational weiter voranzutreiben, dass man in einen Diskurs einsteigen kann.

SPRECHER:

– Frank Adloff, Soziologe an der Universität Hamburg –

O-Ton 26 Frank Adloff:

Nun sind aber die Entwicklungen der letzten Jahre teilweise eher ernüchternd. Mit den sozialen Medien konnten wir beobachten, dass es im digitalen Raum teilweise so etwas gibt wie schiere Echokammern. Dass sich Menschen zusammenschließen, um sich wechselseitig ihre eigenen Positionen zu versichern, sich abzuschotten von einem allgemeineren, breiteren gesellschaftlichen Diskurs und im Grunde ihre eigene Weltsicht immer vehementer vertreten, und das dann auch in starker Opposition zu anderen Gruppen oder auch diffamierend ist. Was wir hier sehen können, ist, dass dieser öffentliche Raum auch Kippunkte in sich trägt, dass tatsächlich ein Raum des Mindest-Konsenses bestehen muss, damit dieser zivilgesellschaftliche Diskurs funktioniert. Verlässt man diesen Raum und begibt sich zu stark in die eigenen

Echokammern, dann führt das zu Polarisierungen, dann führt es irgendwie zu Abspaltungen. Dann führt es dazu, dass Zivilgesellschaft tatsächlich eher die Polarisierung und das Auseinanderdriften von Gesellschaft vorantreibt.

SPRECHER:

Zivilgesellschaft ist weder ein Allheilmittel noch ist sie von vornherein eine Kraft des Guten in der Demokratie.

SPRECHERIN:

Schon früher war Zivilgesellschaft nicht allein Garant demokratischer Gepflogenheiten, sondern womöglich auch wirtschaftlicher Privilegien. Marxistische Kritiker würden sie vielleicht als Teil des „Klassenkampfes“ bezeichnen. Zu ihnen gehörte Antonio Gramsci, der in den Gefängnissen des italienischen Faschismus leiden und sterben musste und dennoch nicht am Denken gehindert werden konnte. Auf ihn geht der Begriff zurück. Wolfgang Fritz Haug, Philosoph und Gramsci-Verleger:

O-Ton 27 Wolfgang Fritz Haug:

Es gibt den Staat im engeren Sinn, im administrativen Sinn, und die politische Gesellschaft, die sich die Staatsklasse, was sich um den Staat herum organisiert. Und es gibt die politisch denkenden Gruppen in der Gesellschaft, die selbst nicht formell politisch organisiert sind. Und diesen gibt er Bezeichnungen, deswegen haben wir dann auch – wir haben Antonio Gramsci übersetzt in zehn Bänden die kritische Ausgabe, die Gefängnishefte – wir haben uns damals entschieden, den Begriff *società civile* im Italienischen nicht wie bis dahin mit ‚bürgerlicher Gesellschaft‘ zu übersetzen, sondern mit Zivilgesellschaft. Das Wort gab es bis dahin nicht in der deutschen Sprache. Also diese zivile Gesellschaft, die nicht die Militärgesellschaft, nicht die bürokratische Gesellschaft und nicht die im engeren Sinn auf Staatsmacht zentrierte politischen Organisationen, die Parteienwelt betrifft, dieses Wechselverhältnis zwischen diesen verschiedenen Instanzen, kann man vielleicht sagen, da spielt Politik.

SPRECHER:

Was Antonio Gramsci von links kritisierte und in Frage stellte, das war eben das Wirken einer politischen Kultur rund um den Staat herum, die ihn zugleich stützt, kontrolliert und verändert.

SPRECHERIN:

Diese Kritik an der demokratischen Kultur der Zivilgesellschaft, die nicht nur den Staat, sondern auch die wirtschaftliche Verfassung eines Landes stabilisiert, gerade indem sie sie auch korrigiert und vermittelt, ist nun von links nach rechts gewandert. Der Rechts-Gramscismus, den viele so genannte Rechtsintellektuelle heute vertreten, behauptet, dass vor einer Machtübernahme durch die extreme Rechte die Hegemonie der demokratischen, liberalen und humanistischen Zivilgesellschaft gebrochen werden müsse. Somit ist eine zweite, militante Gegnerschaft zur demokratischen Zivilgesellschaft erwachsen.

SPRECHER:

Die Konfliktlinien sind also klar.

SPRECHERIN:

Als Gegner der demokratischen Zivilgesellschaft zeigen sich zum einen Vertreter einer konservativen Politik, die sich nicht ins Handwerk pfuschen und sich nicht die Deutungshoheiten aus der Hand nehmen lassen wollen. Zugleich stehen sie für ein System von Lobbyismus, das Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft fließend und intransparent halten will. Zum anderen eine anschwellende rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegung, die immer weitere Teile der politischen Rhetorik und der Mediendispute besetzt und der das Konzept der demokratischen Zivilgesellschaft als Ganzes suspekt ist.

SPRECHER:

Eine weitere Tendenz, die auf die Eindämmung der Zivilgesellschaft abzielt, ist das Konzept eines Staates, der sich immer weiter aus seinen sozialen Verpflichtungen zurückzieht.

SPRECHERIN:

Um es sarkastisch zu formulieren: Der Staat möchte offensichtlich nur Vereinigungen fördern, die ihm Arbeit abnehmen, im sozialen und sportlichen Bereich zum Beispiel, bei der Heimatpflege und beim Tierschutz. Aber jene nicht, die ihm eher Arbeit machen, indem sie kritisch nachfragen, Bürgerrechte einfordern und unterstützen, Transparenz und Öffentlichkeit verlangen. Der Staat hebt, um das Wort von Habermas aufzugreifen, den Belagerungsring auf, um einen Speckgürtel des sozialen und kulturellen Wohlerhaltens daraus zu formen. Mit dem Wagnis von Demokratie hat das so wenig zu tun wie mit einer achtsamen Erinnerungskultur. Die Finanzämter machen schließlich auch vor einer Organisation wie der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes“ nicht halt. In einem offenen Brief an den Bundesminister der Finanzen erklärt Esther Bejarano, KZ-Überlebende und Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland e.V.:

ZITATORIN:

Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!, wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung für uns alle.

SPRECHERIN:

Möglicherweise verschärft der Grund für die Aberkennung der Gemeinnützigkeit die Kränkung noch. Das Finanzamt begründet seine Entscheidung damit, dass der Verein in den Verfassungsschutzberichten Bayerns seit Jahren unter Linksextremismus gelistet ist. Eine weitere Frage stellt Esther Bejarano vielleicht auch stellvertretend für andere zivilgesellschaftliche Organisationen, denen ähnliches droht:

ZITATORIN:

Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?

SPRECHERIN:

Entscheiden Steuerbehörden über die Zukunft der Zivilgesellschaft? Vielleicht liegt darin ein Kernproblem der derzeitigen Auseinandersetzung. Ob der Bundesfinanzhof, das oberste Gericht für Steuer- und Zollsachen, am Ende der richtige Ort ist, um darüber zu entscheiden, welche Beziehungen zwischen demokratischem Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen bestehen oder gekappt werden, darf bezweifelt werden. Dass es so ist und wie es praktiziert wird, darf wiederum als Symptom einer Krise in diesen Beziehungen analysiert werden.

SPRECHER:

Das Bundesfinanzministerium hat die Finanzämter angewiesen, sich bei der Prüfung der Gemeinnützigkeit auf das Attac-Urteil des Bundesfinanzhofes zu beziehen. Daher ist absehbar, dass weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen der Status aberkannt werden wird. Im schlimmsten Fall kann man darin eine gezielte Strategie sehen, zivilgesellschaftlichen Impulsen den nicht nur den finanziellen, sondern auch moralischen Boden unter den Füßen wegzuziehen, wenn sie sich politischer, kritischer und aufklärerischer geben, als es den traditionellen Institutionen lieb ist.

O-Ton 28 Stefan Diefenbach-Trommer:

Der Bundesfinanzhof hat natürlich nur das Gesetz angewendet, hat dabei aber eine sehr strikte Auslegung gewählt.

SPRECHERIN:

– Stefan Diefenbach-Trommer, „Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ –

O-Ton 29 Stefan Diefenbach-Trommer:

Das Gericht hätte die Chance gehabt, mit sehr wirren Regelungen, die im Erlass stehen oder die auch vorherige Urteile gesprochen haben, aufzuräumen. Das hat das Gericht verpasst. Ansonsten ist es natürlich so, dass es um ein Gesetz geht – das Gesetz macht nicht das Gericht, sondern das macht der Bundestag in erster Linie. Und das ist auch das, was wir als Allianz wollen: Wir wollen, dass das Gesetz vom Gesetzgeber angepasst wird, um demokratisches Engagement zu vereinfachen.

SPRECHERIN:

Im besten Fall für die Demokratie wäre die Auseinandersetzung Anlass für eine rasche Reform.

SPRECHER:

Das Gemeinnützigkeitsrecht der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern, steht als Position im Koalitionsvertrag der GroKo. Ein gutes Jahr nach dem Attac-Urteil des Bundesfinanzhofes lässt die Reform aber auf sich warten. Das liegt nicht nur an unterschiedlichen Auffassungen der Parteien.

O-Ton 30 Christian von Stetten:

Wir werden uns in dieser Reform aber mehr mit den wirklichen Vereinen beschäftigen, wo sich Bürger engagieren in Sportvereinen, Musikvereinen und

sonstigen Organisationen. Und wir wollen schauen, dass eben die Bürokratie weniger wird und auch die Haftungsrisiken, das ist ganz wichtig.

SPRECHERIN:

– Christian von Stetten, CDU-Bundestagsabgeordneter –

O-Ton 31 Christian von Stetten:

Und für Sportvereine gibt es dann Übungsleiterpauschalen, Ehrenamtspauschalen oder auch Umsatzsteuer-Freigrenzen, die auch angepasst werden müssen. Wir haben Millionen von Menschen, die in diesen Vereinen engagiert sind und denen wollen wir das Leben erleichtern. Ich mache einen großen Unterschied zwischen einem sozialen Verein, der sich um Obdachlose oder Bedürftige kümmert, oder eben der Deutschen Umwelthilfe, die mit 350 Mitgliedern und 100 bestbezahlten Mitarbeitern Abmahnungen erteilt. Da mache ich einen großen Unterschied.

SPRECHER:

Für die Reform lässt Finanzminister Olaf Scholz eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Bund und Ländern über eine Ergänzung der Abgabenordnung diskutieren. Ein erster Entwurf erweckte allerdings den Eindruck, genau die sehr restriktive Auslegung, mit der der Bundesfinanzhof das Attac-Urteil begründete, ins Gesetz schreiben zu wollen. Und damit die Möglichkeiten für Vereine, sich politisch zu engagieren, sogar noch weiter einzuschränken.

SPRECHERIN:

Nach heftiger Kritik als „Maulkorb-Erlass“ zog Finanzminister Olaf Scholz die umstrittenen Passagen zurück. Noch scheint man hinter den Kulissen um die Formulierungen zu ringen.

O-Ton 32 Stefan Diefenbach-Trommer:

Ich habe an die Politik zwei Wünsche zum Handeln: Das eine ist, dass sie sehr schnell und kurzfristig was tun muss, um Rechtssicherheit für Organisationen herzustellen, die sich auch politischen Wünschen folgend einmischen – und dazu muss sie in das Gesetz, wie es jetzt ist, neue Zwecke reinschreiben, zum Beispiel die Förderung der Menschenrechte und muss im Gesetz klarstellen, dass ich natürlich zur Verfolgung meiner Zwecke mich politisch einmischen darf und auch ein Stück weit darüber hinaus, dass zum Beispiel Sportverein sich natürlich auch gegen Rassismus wenden kann, auch wenn es nicht sportlich ist.

SPRECHER:

– Stefan Diefenbach-Trommer, Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung –

O-Ton 33 Stefan Diefenbach-Trommer:

Darüber hinaus braucht es eine Debatte, wie Gemeinnützigkeit bei uns gestrickt ist, um dann zu entscheiden: Was ist die beste Regelung? Es gibt in anderen Ländern eine sehr offene Definition, wo dann die Frage ist: Wer entscheidet dann, wie das angewendet wird? In Deutschland ist es mit diesen Zwecken im Gesetz einerseits relativ eng, der Gesetzgeber hat entschieden, diese Zwecke sind besonders

förderwürdig und er vergisst regelmäßig, neue Zwecke reinzuschreiben. Ein anderer Weg ist, eine sehr allgemeine Beschreibung stehen zu lassen wie die selbstlose Förderung des Allgemeinwohls und dann natürlich die Frage: Wer entscheidet, was dazu passt und was nicht dazu passt? Ich glaube vor einer Regelung Deutschland braucht es eine größere Debatte, die alle Parteien und zivilgesellschaftliche Gruppen und auch Forschung einschließt, um zu kucken, was ist die beste Lösung, die unsere Demokratie am besten fördert?

SPRECHERIN:

Die Politik steht also vor einer doppelten Aufgabe. Zum einen muss neu bestimmt werden, inwieweit politische Bildung, Aufklärung und Debattenkultur zur Aufgabe zivilgesellschaftlicher Organisationen gehören und damit förderungswürdig sind. Zum anderen muss eine Instanz gefunden werden, die über diese Bedingungen bestimmt, und zwar in einer demokratischen und transparenten Form. Denn dass diese Entscheidungen den Finanzämtern und Finanzgerichten überlassen bleibt, ist zweifellos nicht länger akzeptabel. Schließlich geht es um sehr viel mehr als Geld, nämlich um die grundsätzliche Regelung einer Beziehung zwischen dem demokratischen Staat und der liberalen Gesellschaft.

O-Ton 34 Stefan Diefenbach-Trommer:

Ich würde sagen, in einer Demokratie wird das, was dem Allgemeinwohl am besten dient, immer wieder neu festgelegt temporär für den Zeitpunkt durch Mehrheitsentscheidung im Parlament oder durch Volksabstimmung.

SPRECHER:

– Stefan Diefenbach-Trommer, Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung
–

O-Ton 35 Stefan Diefenbach-Trommer:

Das ist der demokratische Prozess und dass der möglichst gut betrieben wird, ist für sich natürlich eine Förderung des Allgemeinwohls. D. h. nicht, dass jeder der mitmisch, recht hat. Manche Leute meinen, es gebe ein feststehendes Allgemeinwohl – da wird dann gerne das Wort ‚Volkswohl‘ oder sowas benutzt – und das muss nur irgendwie offengelegt werden und sie meinen, ihre Gruppe wüsste, was das Beste wäre. Ich glaube, in einer Demokratie weiß nie einer alleine, was das Beste ist, sondern es ist eben ein Prozess und am Ende gibt's eine Entscheidung, die sich auch im Nachhinein als falsch herausstellen kann, dann wird sie korrigiert. Es gibt natürlich Organisationen, die am demokratischen Prozess mitmischen, die mir gar nicht gefallen, wo ich die Ziele nicht teile. Das muss ich erstmal aushalten, das ist ja Demokratie, dass es verschiedene Wünsche und Ziele gibt. Und es gibt auch Gruppen, die mitmischen, die bestimmte Regeln verletzen, also zum Beispiel die Menschenwürde. Wenn bei Pegida skandiert wird ‚Lasst sie absaufen‘, ist das aus meiner Sicht ein klarer Bruch der Menschenwürde und ist für mich außerhalb des Diskurses. Insofern lehne ich natürlich die Pegida ab. Aber die Leute dort haben das Recht, ihre Meinung zu sagen und sie haben das Recht, sie in den demokratischen Prozess einzubringen. Und selbst wenn sie es auf eine Art und Weise tun, die vielleicht falsch ist, haben sie in diesen Prozess eine wichtige Funktion, weil sie ein Problem markieren.

SPRECHER:

Auch euroskeptische, rechte oder nationalistische Organisationen sind Teil der Zivilgesellschaft. Ob etwa Pegida oder der „Verein konservativer Kommunalpolitiker in Mecklenburg-Vorpommern“

ZITATOR:

„die gemeinnützige und parteinahe kommunalpolitische Vereinigung des Landesverbandes der Alternative für Deutschland (AfD) in Mecklenburg-Vorpommern“

SPRECHER:

als gemeinnützig anerkannt sind, entscheiden lokale Finanzämter.

SPRECHERIN:

Dabei geht es auch um Vereine und Organisationen, die offensichtlich weit rechts angesiedelt sind und in fundamentalem Widerspruch zur demokratischen Zivilgesellschaft stehen – und dennoch den Status der Gemeinnützigkeit genießen. Dazu gehört zum Beispiel der AfD-nahe Verein „Journalistenwatch – Verein für Medienkritik und Gegenöffentlichkeit“. Dessen Internet-Blog veröffentlicht rechtspopulistische Verunglimpfungen und Unterstellungen, etwa dass Leute, die Menschen aus Seenot im Mittelmeer retten, dies nur aus finanziellen Gründen tun. Eine der üblichen Überschriften auf der vereinseigenen Homepage Jouwatch liest sich so:

ZITATORIN:

„Auch nach Hanau: Migrantengewalt weiterhin auf hohem Niveau.“

SPRECHERIN:

Flüchtlinge bezeichnen die Jouwatch-Autoren als...

ZITATORIN:

„Asylbetrüger“ und „Seenotmigranten“.

SPRECHER:

Ähnlich liegt der Fall bei dem in Stuttgart ansässigen Verein „Uniter“ mit seinen nach eigenen Angaben rund 1800 Mitgliedern, über den der grüne Landtagsabgeordnete Alexander Maier im März 2019 dem *Tagesspiegel* sagt:

MUSIK**DARÜBER ZITATOR:**

„Es kann nicht sein, dass die Gemeinnützigkeit von Attac aufgehoben oder die Deutsche Umwelthilfe als gemeinnützige Organisation infrage gestellt wird. Und auf der anderen Seite kann Uniter als gemeinnütziger Verein weiter schalten und walten – obwohl diese Gruppierung unter Verdacht steht, eine rechtsextreme Schattenarmee gegründet zu haben. Dieses dubiose und gefährliche Untergrundnetzwerk muss in einer umfassenden Überprüfung dringend durchleuchtet werden.“

SPRECHER:

Ende Februar 2020 meldet die Tagesschau, dass das Stuttgarter Finanzamt Uniter bereits im Herbst 2019 die Gemeinnützigkeit entzog. Einen Widerspruch von Uniter hat das Finanzamt zurückgewiesen, rechtskräftig ist der Entscheid noch nicht. Zur gleichen Zeit hat in der juristischen Auseinandersetzung um Attac das Hessische Finanzgericht die Klage von Attac auf Gemeinnützigkeit abgewiesen, aber eine erneute Revision beim Bundesfinanzhof zugelassen.

O-Ton 36 Frank Adloff:

Im Moment erleben wir eine Phase der Politisierung, und das führt natürlich zu einem Pluralismus von zivilgesellschaftlichen Positionen. Die wollen ja nicht alle dasselbe. Das führt dazu, dass die Demokratie vor der Herausforderung steht: Wie kann man denn diese verschiedenen Wertorientierungen oder aber auch Interessen, die artikuliert werden, in den Dialog bringen und überführen in gemeinsame Positionen?

SPRECHERIN:

– Frank Adloff, Soziologe an der Universität Hamburg –

O-Ton 37 Frank Adloff:

Das ist dann die Aufgabe der Politik, daraus wiederum Kompromisse beispielsweise zu schmieden und tatsächlich verschiedenste Interessen zusammenzubinden. Dieses kann aber nur gelingen, wenn es einen gewissen zivilen, demokratischen Grundkonsens gibt – und das ist, glaube ich, die Bedingung dafür, dass es einen gemeinsamen Rahmen dann noch gibt, sodass Demokratie nicht als Ganzes aufgesprengt wird. Also wenn auf dem rechten Rand sozusagen zivilgesellschaftliche Selbstorganisationsmöglichkeiten genutzt werden, um hauptsächlich diese freiheitlich-demokratische Grundordnung ganz woanders hin zu bringen, dann ist das sozusagen ein Missbrauch der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationsfähigkeit. Und dann muss man auch wiederum sehen, dass das irgendwie eingehegt wird und dass dieser Raum, dieser Grundkonsens nicht verlassen wird. Das ist immer die Balance zwischen diesen beiden Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Pluralismus auf der einen Seite und aber einem basalen Grundkonsens auf der anderen Seite noch weiter etabliert zu sehen, das zu halten.

SPRECHER:

Im Gegensatz zu in dieser Hinsicht weniger glücklichen Staaten wie etwa Großbritannien verfügt Deutschland über einen grundlegenden und verpflichtenden Verständigungstext über Politik und Gesellschaft. Er trägt den Namen „Grundgesetz“ bzw. „Verfassung“. Eine zumindest auf den ersten Blick einfache Grundlage für jede Entscheidung darüber, ob eine zivilgesellschaftliche Organisation förderungswürdig ist oder nicht, ist ihr Bezug zu dieser Verfassung, in der es unter anderem heißt:

ZITATOR:

Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Artikel 3: (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

SPRECHER:

Förderungswürdig wären demnach zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Kenntnis, den Geist und die Praxis des Grundgesetzes vertreten bzw. sich gegen Bestrebungen richten, dieses Grundgesetz zu relativieren oder zu umgehen. Der Vorteil einer solchen Entscheidungsgrundlage liegt auf der Hand:

Würde der Bezug zur Verfassung öffentlich, transparent und demokratisch diskutiert, so müsste sich auch die Gesellschaft als Ganzes noch einmal über ihre gemeinsamen ethischen und politischen Grundlagen verständigen. Und die Vorstellung, intolerante, anti-demokratische oder autokratische Organisationen hätten im Zuge einer allgemeinen, vagen politischen Liberalität die gleichen Rechte wie demokratische zivilgesellschaftliche Organisationen, verlöre ihren Schrecken. Um diese Entscheidungen indes wiederum öffentlich und offen treffen zu können, bedarf es eben jener aufgeklärten und rechtsstaatlichen Gesellschaft, die es mit zivilgesellschaftlichen Organisationen gerade zu fördern gilt. Mit offenem Ausgang: Ein Aufbruch zu einer demokratischen Renaissance ist ebenso möglich wie die Abwärtsspirale des postdemokratischen Zerfalls.

O-Ton 38 Dieter Rucht:

Der Terminus Postdemokratie besagt ja, dass wir trotz des Fortbestehens der institutionalisierten Organe politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung dennoch eine Art Aushöhlung, eine Entsubstanziierung von Demokratie vor Augen haben.

SPRECHERIN:

– Dieter Rucht, Soziologe und Mitbegründer des „Instituts für Protest- und Bewegungsforschung“ –

O-Ton 39 Dieter Rucht:

Die Zivilgesellschaft wäre dann eigentlich sozusagen die Hoffnung oder der Akteur, der dieser Entwicklung Einhalt gebieten könnte und wiederum eine vitale Demokratie in Gang setzt, in ihr Recht setzt. Und das heißt dann auch, dass man nicht die institutionellen Grundlagen bekämpft, sondern dass man sie belebt und dass man sie möglicherweise auch ergänzt. Mittel der Ergänzung wären verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung jenseits der ohnehin bestehenden Formen. Und dazu gehört zum Beispiel in der Bundesrepublik die Debatte um die direkte Demokratie als die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden auch auf Bundesebene – auf

der Länderebene existiert es ja schon und ohnehin auf der lokalen Ebene. Dazu gehören auch die Debatten, die derzeit im Rahmen der Klimaschutzbewegung geführt werden, um eine Art von Bürgerversammlung, deren Status allerdings höchst unklar ist, denn sie muss ja irgendwie ins Verhältnis gesetzt werden zu den gewählten legitimierten politischen Entscheidungsträgern.

SPRECHER:

Die Krise im Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft macht vielleicht auch auf eine tiefer liegende Krise der Demokratie aufmerksam. Der Philosoph Georg Lohmann hat das einmal so ausgedrückt:

ZITATOR:

Die moderne Demokratie setzt nicht tugendhafte Bürger voraus, sondern sie funktioniert auch dann, wenn die Bürger eher lasterhaft sind und als Egoisten eher nur ihr privates Wohl verfolgen. Aber sie funktioniert unter diesen Umständen mehr schlecht als recht. Die modernen, anonymen und formalen demokratischen Verfahren der Meinungs- und Entscheidungsbildung können die Leistungen selbstbewusster demokratischer Tugenden nicht ersetzen, sondern nur entlasten. Eine Demokratie funktioniert umso besser, je mehr sie durch die entgegenkommenden Leistungen tugendhafter Bürger geprägt wird, und die relevanten Bürgertugenden entwickeln sich umso besser, je mehr sie sich in zivilgesellschaftlichen Aktivitäten betätigen und entwickeln können.

SPRECHER:

Jede Demokratie beruht auf den rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen des Staates und seiner Organisationen und auf den demokratischen – philosophisch gesprochen: tugendhaften – Aktivitäten der Zivilgesellschaft. Gefährdet ist unsere Demokratie derzeit auf beiden Ebenen. Die Entfremdung zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an.

Man kann durchaus den Eindruck gewinnen, dass die so genannten Sachzwänge der Ökonomie mehr Einfluss auf politische Entscheidungen haben als die Ideen und Vorschläge der demokratischen Zivilgesellschaft. Und wer soll eine Politik verstehen, die sich ausdrücklich dafür ausspricht, zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu fördern – allerdings nur im Ausland, während man gleichzeitig im eigenen Land eben diese Zivilgesellschaft nach Kräften behindert, begrenzt und entmachtet?

SPRECHERIN:

Freilich: Krisen können auch ihr Gutes haben. Im Idealfall fungiert die Auseinandersetzung um die Zivilgesellschaft als Aufforderung an Politik, Gesellschaft und Medien, die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die demokratischen Tugenden der Bürgerinnen und Bürger und ihre Beziehung zum Staat neu zu überdenken. Je mehr von Entdemokratisierung die Rede ist, desto mehr muss sich die Politik fragen lassen, warum sie dem Lobbyismus, dem anti-demokratischen Rechtspopulismus und auch der politischen Indifferenz so bereitwillig das Feld überlässt. Wenn zunehmend vor einer Gefährdung der Demokratie gewarnt wird, kann nur eine gesamtgesellschaftliche Diskussion die Frage beantworten, wie viel demokratische Zivilgesellschaft der Staat braucht und wie viel er sich leisten möchte?

Wer diese Diskussion verschleppt, arbeitet den anti-demokratischen Kräften in die Hände. Vielleicht ist es noch nicht zu spät, die kritisch-solidarische „Belagerung“ des demokratischen Systems durch die Zivilgesellschaft wieder auf eine vernünftige, praktikable und stabile Basis zu bringen und das ihr innewohnende utopische Moment zu nutzen. Zeit zu verlieren ist dabei nicht mehr.

MUSIK

DARÜBER ZITATORIN:

Zivilgesellschaft und Demokratie

Von Markus Metz & Georg Seeßlen

Die Sprecher waren: Elisabeth Findeis, Moritz Brendel, Angela Neiß, sowie Marcus Michalski

Ton und Technik: Claudi Peycke

Regie: Günter Maurer

Redaktion: Wolfram Wessels

Produktion: Südwestrundfunk 2020